



Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 11017 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Cansin Köktürk
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Katja Mast

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
Postanschrift: 11017 Berlin

Tel. +49 30 18 527-2660
Fax +49 30 18 527-2664

buero.mast@bmas.bund.de

Berlin, 4. Dezember 2025

Schriftliche Frage im November 2025

Arbeitsnummer 370

Sehr geehrte Frau Kollegin,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

Schriftliche Frage im November 2025

Arbeitsnummer 370

Frage Nr. 370:

Welche (technischen, juristischen oder sonstigen, bitte ausführen) Gründe hat die im Referentenentwurf für die “neue Grundsicherung” vorgesehene Anordnung an Jobcenter, im Falle des Entfalls des SGB II-Leistungsanspruchs in Höhe des Regelbedarfs nach §31a Absatz 7 oder des Entzuges des Leistungsanspruches nach §32a Absatz 1 für die Dauer des Entfalls oder Entzuges ein “Grundsicherungsgeld in Höhe von monatlich 1 Euro” zu bewilligen (vgl. Referentenentwurf S. 17, www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Referentenentwuerfe/13-gesetz-zuraenderung-sbb-ii-und-anderer-gesetze.pdf?__blob=publicationFile&v=1), und sollen nach Kenntnis der Bundesregierung Menschen in der “neuen Grundsicherung” mit lediglich 1 Euro im Monat ihr Existenzminimum absichern, und wenn ja, wie?

Antwort:

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode und den Beschluss des Koalitionsausschusses vom 8./9. Oktober 2025 zur Umgestaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zügig umzusetzen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat hierfür einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt, dem die konkreten Inhalte entnommen werden können (<https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze-und-Gesetzesvorhaben/13-gesetz-zur-aenderung-zweiten-buch-sozialgesetzbuch-und-anderer-gesetze.html>). Der Gesetzentwurf befindet sich derzeit noch in der regierungsinternen Abstimmung.